

REFERATEKONFERENZ

Protokoll

318. Sitzung

Heidelberg, Dienstag, den 29. April 2025

öffentlicher Teil

Tagesordnung

1 Zur Tagesordnung.....	3	4.2 Zinsforderung des Hauptzollamtes Lörrach.....	7
2 Genehmigung von Protokollen.....	3	5 Anträge allgemeiner Art.....	8
3 Anträge auf Raumnutzung.....	3	5.1 Stellvertretung für den Finanzreferenten nach LHG.....	8
3.1 Kino-Diskussionsclub: Antrag für Raumnutzung.....	3	5.2 Mahnverfahren gegen eine:n Arbeitnehmer:in.....	9
4 Finanzanträge mit unmittelbarer Auswirkung.....	4	6 Sonstiges.....	9
4.1 Probephase Sprechstunde zur Mietrechtsberatung in Zusammenarbeit mit dem Mieterverein Heidelberg und Umgebung e.V.	4	Anhänge.....	10
		Anhang zu TOP 4.1 Vertragsangebot mit dem Mieterverein.....	10

Verzeichnis anwesender Mitglieder

Stimmberechtigte Mitglieder

Amt	Stimmführer*in
Vorsitz	Theodora Goia, Sebastian Fath
Referat für IT und Infrastruktur	Harald Nikolaus, Marlon Schmidt
Finanz- und Haushaltsreferat	Theodoros Argiantzis
Referat für Hochschulpolitische Vernetzung	Sanja Steenbock
Referat für Internationale Studierende	n. A.
Referat für Konstitution und Gremienkoordination	Jacob Schupp
Referat für Kultur und Sport	n. A.
Referat für Lehre und Lernen	n. A.
Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit	n. A.
Referat für Politische Bildung	Paul Kaiser
Referat für die Angelegenheiten der ehemaligen QSM	n. A.
Sozialreferat	Felix Joeken, Phoenix Erroukrma
Referat für Interne Kommunikation und Vernetzung	nicht besetzt
Referat für alle Angelegenheiten des Studierendenwerks	Daniel Richter, Patrick Weis
Referat für Verkehr und Kommunales	Henry Wilkens
Referat für Angelegenheiten des Lehramtsstudiums	n. A.
Referat für von Diskriminierung aus Gesundheitsgründen betroffene Studierende	n. A.
Referat für von sexualitätsbezogener Diskriminierung betroffene Studierende	n. A.
Referat für von Rassismus aufgrund kultureller Zuschreibungen betroffenen Studierenden	nicht besetzt
Referat für von geschlechtsspezifischer Diskriminierung betroffene Studierende	n. A.
Referat für von Diskriminierung aufgrund ihrer sozioökonomischen Herkunft betroffene Studierende	nicht besetzt

Beratende Mitglieder

Präsidium des StuRa	Sebastian Zimnol
VS-Mitglied im Senat	Jana Seifert

Gäste:

Personalrat	André Müller
-------------	--------------

1 Zur Tagesordnung

Beginn der Sitzung: 18.17 Uhr

GO-Antrag des Präsidium auf Aufnahme eines TOP auf die TO als 4.3. Keine Gegenrede.
Angenommen.

2 Genehmigung von Protokollen

Es liegen folgende Protokolle zur Genehmigung vor:

- Protokoll des Teil unter Ausschluss der Öffentlichkeit der 316. Sitzung
- Protokoll des öffentlichen Teil der 317. Sitzung
- Protokoll des Teil unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Mitarbeitenden des Finanzteam der 317. Sitzung

Keine Einsprüche. Protokolle angenommen.

3 Anträge auf Raumnutzung

3.1 Kino-Diskussionsclub: Antrag für Raumnutzung

(in einer Lesung zu behandeln)

Antragsteller: Kino-Diskussionsclub, Leiterin der Gruppe: Anastasiia Stativkina

Antragstext:

Die Refkonf beschließt, dass Kino-Diskussionsclub die Räume in der Sandgasse / im StuRa-Büro nutzen darf.

Begründung: Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind eine fachübergreifende Gruppe von Studierenden der Universität Heidelberg und möchten die Räume des Studierendenrates nutzen, um gemeinsam Filme zu schauen und darüber zu diskutieren. Unsere Gruppe besteht derzeit aus 11 festen Mitgliedern. Jede Sitzung folgt einem festen Ablauf: Zu Beginn stellt ein*e Teilnehmer*in den Film sowie dessen historischen und kulturellen Kontext in einer kurzen Einführung vor. Im Anschluss sehen wir uns den Film gemeinsam an und diskutieren danach über dessen Inhalt, filmische Gestaltung und Relevanz. Unser Vorhaben ist es, die Geschichte des Kinos chronologisch zu erkunden – von den Anfängen in den 1920er Jahren bis zur Gegenwart – und dabei filmhistorische Entwicklungen, stilistische Strömungen und gesellschaftliche Zusammenhänge näher zu beleuchten. Für unsere Sitzungen benötigen wir einen Raum des Studierendenrates, um für die relativ hohe Anzahl der Teilnehmer Platz zu schaffen. Außerdem brauchen wir einen Projektor, um die Filme zu schauen. Aktuell verfügen wir über keinen

Social-Media-Account. Falls dies jedoch Voraussetzung für die Nutzung der Räume ist, sind wir gerne bereit, einen entsprechenden Account einzurichten. Derzeit finden unsere Treffen auf Russisch statt, da alle Mitglieder Russisch sprechen. Wir sind jedoch gerne bereit, auf Englisch zu wechseln, sollte Interesse von Studierenden bestehen, die kein Russisch sprechen.

Diskussion:

(29.04.2025)

Vorstellung des TOP durch Anastasiia.

Finanzreferat: Besteht ihr hauptsächlich aus Studierenden?

Antwort Antragssteller: Wir sind hauptsächlich russischsprachige Studierende, 12 Personen – alle Studierende sind in einer Telegram-Gruppe organisiert.

Referat für Politische Bildung: Was für Filme wollt ihr behandeln?

Antwort Antragssteller: Wir wollen historische Filme schauen und tiefer Filmgeschichte verstehen – in der ersten Sitzung soll Nanuk aus dem Norden (1922) angeschaut werden und im Nachhinein postkolonialistische Ansichten auf ethnische Dokus und indigene Menschen durch die Zeit unterschiedlich dargestellt werden.

Sozialreferat: Ihr braucht keinen Social-Media-Account, nur Leute, die Raumführung machen wollen.

Erwiderung Antragssteller: Wir haben bereits drei Personen mit Raumführung.

Abstimmung:

8 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

— 3.1 **angenommen**

4 Finanzanträge mit unmittelbarer Auswirkung

4.1 Probephase Sprechstunde zur Mietrechtsberatung in Zusammenarbeit mit dem Mieterverein Heidelberg und Umgebung e.V. [2. Lesung]

(in zwei Lesungen zu behandeln)

Antragssteller*in: Sozialreferat

Antragstext:

Die RefKonf beschließt in Zusammenarbeit mit dem Mieterverein Heidelberg und Umgebung e.V. (in Zukunft Mieterverein) das Angebot der Mietrechtsberatung anzupassen indem eine wöchentliche Sprechstunde des Mietervereins in den Räumlichkeiten des StuRa eingerichtet wird.

Es soll eine Probephase im SoSe 25 mit anschließender Evaluation stattfinden. Wir nehmen den Vorschlag zur Kostenregelung für die Probephase vom Mieterverein an:

- Zeitraum: 2. Mai bis 26. Juli 2025
- Dauer der Beratung: wöchentlich 1,5 Stunden (parallel zur Sozialsprechstunde)
- Anzahl der Termine: 13 (freitags)
- Reguläre Kosten für die reine Arbeitszeit (Kalkulation): 75 €/Stunde brutto → 112,50 € je Termin → insgesamt 1.462,50 € (ohne Anfahrtkosten)
- **Vorgeschlagene Pauschale für die Probephase: 100 € je Termin → insgesamt 1.300 € für 13 Termine**

Dazu beschließt die RefKonf bis zu 1547,00 € = 1300 € * 1.19 (Mehrwertsteuer) und stimmt dem Angebot des angehängten Vertragsangebot zu.

Unser Team für Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat soll die Mietrechtssprechstunde bewerben.

Haushaltsposten: 634

Bei der Refkonf beantragter Betrag: 1547,00 €

Ausführung und Begründung:

Um bei Mietrechtsstreitigkeiten professionelle Hilfe zu erhalten, haben unsere Student*innen bisher die Möglichkeit auf Antrag eine Erstberatung beim Mieterverein zu erhalten. Allerdings hat die Erfahrung gezeigt, dass diese häufig nicht ausführlich genug ist und weiterer Beratungsbedarf besteht. Für weitere Beratung oder gar die Erstellung von Schriftsätzen, hätten die Studierenden bisher Mitglieder im Mieterverein werden müssen, was eine große finanzielle wie organisatorische Hürde darstellt. Deutlich flexibler und niederschwelliger wäre eine offene Sprechstunde, zu der Studierende mit diversen mietrechtlichen Angelegenheiten ohne Anmeldung erscheinen können. Statt Wartezeiten und unzureichender Hilfe könnte den Studierenden ohne ausschlaggebenden finanziellen Mehraufwand für die VS adäquat geholfen werden. Zudem erwarten wir, dass mehr Studierende als bisher auf diesem Weg eine fachkundige Auskunft erhalten, wenn sie z. B. nach der Beratung durch das Sozialreferat auf den Nebenraum mit dem*der Mietrechtsanwält*in verwiesen werden.

Wieviel beantragt ihr bei der Referatekonferenz?	1547,00 €
Wieviel wird über weitere VS-Mittel finanziert? • Wenn ihr mehrere Anträge an die VS richtet – z.B. an Fachschaften, Referate oder den Doktorandenkonvent, müsst ihr hier	0

alles aufführen. • Wenn ihr später dort Anträge stellt und diese angenommen werden, müsst ihr den StuRa/die Refkonf nachträglich informieren. Wenn ihr jetzt schon plant, dort Anträge zu stellen, gebt dies bitte jetzt schon an.	
Wieviel wird über weitere nicht-VS-Mittel finanziert? • Bitte angeben, bei welchen Stellen ihr noch Geld beantragt/beantragen wollt. • Wenn ihr später weitere Anträge stellt und diese angenommen werden, müsst ihr den StuRa/die Refkonf nachträglich informieren. Wenn ihr jetzt schon plant, dort Anträge zu stellen, gebt dies bitte jetzt schon an.	0
Habt ihr Einnahmen bei der Veranstaltung? Wenn ja, wie hoch plant ihr diese? • Nehmt ihr Einnahmen von Teilnehmenden? • Wenn ihr Spenden einnimmt, müsst ihr diese auch angeben.	0
Wie hoch ist das Gesamtvolumen des Projekts • Hier müsst ihr alle Einnahmen aus den Zeilen oberhalb zusammenrechnen	1547,00 €

Verwendungszweck aller Mittel/Was soll genau finanziert werden?

Verwendungszweck	Kosten	Begründung/Erläuterung
------------------	--------	------------------------

Mietrechtsberatung	1547,00 €	Siehe oben
Gesamtkosten (nicht nur die bei der VS beantragten Mittel)		

Diskussion:

(15.04.2025)

Soziales stellt Antrag vor. Wollen zunächst Probephase, um zu schauen wie die Resonanz ist. Preislich trägt VS 90 % der reinen Stunden kosten, 10 % Mieterverein + keine Anfahrtkosten. Momentan läuft die Mietrechtsberatung über AK Rechtsberatung. Das kostet viel, ist oft nicht sonderlich hilfreich (weil man zum Beispiel kein Schriftstücke erhält). Praktischer und Kostengünstiger ist diese Mietrechtsberatung durch den Mieterverein zur gleichen Zeit wie die Sozial-Sprechstunde. Kosten decken sich mit dem aktuellen Aufwand relativ nahe. Hier wäre niederschwelligere und auch oft vollständigere Beratung möglich.

StuWe-Referat: Könnt ihr grob sagen, wie viele Leute das in Anspruch nehmen würden.

Sozialreferat: Teilnehmer sind noch unklar. Deshalb Probephase. Bei c.a. 2 pro Sprechstunde lohnt es sich. Das scheint gut möglich, aber leider kann man nie Absehen, wie viele Leute kommen.

Sozialreferat: Bedarf ist hoch. Mit stud. Mietern wird in Heidelberg oft schlecht umgegangen. Man kann damit auch nicht 100te Studierende beraten. Will im Rahmen der Probephase das evaluieren. Eigene Erfahrung ist, dass es schon Bedarf geben.

Sozialreferat: Es gibt auch generell viel Bedarf.

Sozialreferat: Mietberatung wird oft unterschätzt. Da passiert sehr viel illegales. Wenn Mietrechtsberatung nicht angenommen wird, dann ist das ein Problem der Werbung, nicht des fehlenden Bedarfs.

Finanzreferat: Grundsätzlich sinnvolle Sache. Kann man das mglw. gestreckter (2x, 1x p.M.) anbieten? Skalierbarkeit ist auch ein bisschen problematisch. Mglw. Muss hier der Haushalt angepasst werden. Dabei bitte mit Finanzen in Kontakt treten.

Sozialreferat: Da muss die Evaluation der Probephase kommen.

Sozialreferat: Haushalterisch möchte man das ähnlich wie Theaterflatrate mglw. verstetigen.

GO-Antrag Sozialreferat auf Stimmungsbild zu dem Antrag. Keine Gegenrede. **Angenommen.**

Stimmungsbild: 8 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

(29.04.2025)

Es fällt auf, dass der Anhang in den Unterlagen fehlt. 5 Minuten Pause zur Lesung.

Das Sozialreferat stellt den Hintergrund zum Vertragsentwurf vor.

Gremienreferat: Wir zahlen die MWSt. Muss der Mieterverein das abführen oder warum wird die MWSt mit berechnet?

Sozialreferat: Ja wir können das aufnehmen, wie würdest du das aufnehmen?. Jacob: Zzgl. MWSt.

Sozialreferat: Antrag wird abgeändert auf „zzgl. MWSt“ in § 3 Abs. 1 entsprechend Jacobs Wortmeldung. Antrag wird angenommen.

Finanzreferat: Änderungsantrag auf das rückgängig Nehmen des letzten Änderungsantrag mit der zusätzlichen Änderung der Aufnahme des folgenden Passus in den Antragstext: „Das Sozialreferat kann in den Vertrag zu § 3 Abs. 1 hinter „100 €“ die Worte „zzgl. MWSt“ oder „einschließlich MWSt“ einfügen.“ Außerdem soll der Auftrag gegeben werden, dass das Sozialreferat das aushandelt. Die Summe bleibt bestehen. Dieser Änderungsantrag wurde vom Antragsteller angenommen.

StuWe-Referat: Findet die Sprechstunde weiterhin in der Sandgasse und freitags statt?

Sozialreferat 1: Ja.

Das Sozialreferat geht davon aus, dass MWSt oben drauf kommt.

Gremienreferat: Wir haben gesagt 75 € Brutto pro Stunde – da müssten ja schon alle Kosten einbezogen sein. Antwort Sozialreferat: Sitzung geht eineinhalb Stunden.

Gremienreferat: Ist er Fachanwalt für Mietrecht? Antwort Sozialreferat: Er ist Anwalt. Wir wissen nicht ob Fachanwalt, aber er macht die Beratung vom Mieterverein. Auf jeden Fall Vollanwalt.

Das Gremienreferat: schlägt vor, erstmal ohne MWSt zu beschließen, um die Verhandlungsposition zu stärken. Antwort Sozialreferat: Wir fahren besser, wenn wir dem Mieterverein nett begegnen und ihm nicht vor den Kopf stoßen.

GO-Antrag Finanzreferat auf Schließung der Redeliste. Gegenrede Jacob: Er hat noch einen anderen Punkt. GO-Antrag wird zurückgezogen.

Gremienreferat: Es besteht die Möglichkeit, dass ein Termin entfällt. Sollen wir nicht lieber nur verschieben sagen? Antwort Sozialreferat: Wir wollen es offen lassen, um in der Situation zu evaluieren, was sich lohnt.

Abstimmung:

8 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

— 4.1 **angenommen.**

4.2 Zinsforderung des Hauptzollamtes Lörrach [1. Lesung]

(in zwei Lesungen zu behandeln)

Antragsteller: Finanzreferat

Antragstext:

Die RefKonf beschließt bis zu 4.500,00 € zur Begleichung von beim Hauptzollamt Lörrach angefallenen Zinsen bereitzustellen.

Haushaltsposten: 410.01

Bei der RefKonf beantragter Betrag: 4.500,00 €

Begründung:

Bis zum Jahr 2019 sind ca. 16.000,00 € Sozialbeiträge nicht beglichen worden. Mitte Januar 2022 ging ein Schreiben des Hauptzollamtes Lörrach in der Angelegenheit ein. Aus nicht verlässlich rekonstruierbaren Gründen würde damals das Begleichen der Forderung nicht durch die Leitung der Dienststelle veranlasst. Die Forderung selbst konnte auf Grundlage des Haushaltes als Personalkosten beglichen werden. Die überplanmäßig anfallenden Zinsen sollten jedoch, aus Gründen der Rechtssicherheit, nochmal separat beschlossen werden.

Der Bescheid wird vom Hauptzollamt noch ausgestellt, wir sind jedoch vorab schon in Kenntnis gesetzt worden.

Diskussion:

(29.04.2025)

Das Finanzreferat stellt TOP vor. Es gibt die Möglichkeit der Anfechtung der Zinszahlung, aber die Zinszahlung wird man wahrscheinlich nicht umgehen. Man könnte nochmal nachforschen, was genau passiert ist, aber die relevanten Leute sind nicht mehr im Amt.

Sozialreferat: Bekommt man nicht normal häufiger Mahnungen? Man versteht nicht, wie das 5 Jahre liegen bleiben kann. Antwort: Das ist nicht mehr eine Rechnung. Wie 2019 die Nichtabgeltung erfolgt ist, kann man nicht mehr rekonstruieren. Die Zahlung wurde abgetreten ans Zollamt. Bis 2019 sind Sozialbeträge aufgelaufen. Warum erst 2022 die erste Zahlungsaufforderung kam und dann erst nochmal 2025 kann man nicht sagen – die Zahlungsaufforderungen die Vorlagen sind das einzige, was man sagen kann. Anders als durch den Zeitpunkt 2022 direkt nach dem Amoklauf lässt sich dies nicht erklären. Sozialreferat: Haben die keine Pflicht bei uns das Geld zu fordern? Antwort Finanzreferat: Das erfolgte mit der Forderung 2022.

Gremienreferat: Es ist erschreckend, dass derart hohe Beträge nicht bemerkt wurden. Das sind hohe Beträge, die wir aus dem Fenster schmeißen. Da ist nicht nur der Vorsitz involviert. Das erinnert an Haftungsansprüche aus fahrlässigem Verhalten. Merkt an, dass die Forderung durchaus verjähren kann. *Zwischendiskussion, dass bei Sozialversicherungsbeiträge eine Verjährungsfrist 4 Jahre ist.* Antwort: Der ursprüngliche Fehler liegt zu 95% mindestens in der Kommunikation mit LBV und wahrscheinlich auch vollständig beim LBV. Wir können versuchen diese zu verklagen. 2019 konnte man dies wahrscheinlich nicht vor Ort erkennen. 2022 existiert keine Abrechnung und kein Papertrail außer der eingegangenen Forderung (digital). Physisches Dokument konnte man nicht

auffinden. Man ist froh, dass man digitales Dokument noch finden konnte zur Rekonstruktion. Ursprünglicher Fehler war nicht erkennbar; wo 2022 schiefgegangen ist unklar aber man vermutet, dass Amoklauf Prioritäten verschiebt. Man kann den damaligen Vorsitz einladen und fragen, aber die Erinnerung darin ist wahrscheinlich nicht mehr vorhanden.

Referat für Internationale Studierende: Wie realistisch sind die Chancen, dass man die Zahlung der Zinsen vermeiden kann? Auf welchen Zeitraum sind die Zinsen zu entrichten? Antwort: Es geht um Zinsforderungen ergebend aus einer seit 2022 bestehenden Forderung über 16.000 €.

Sozialreferat: Wir sollten nochmal Augenmerk darauf legen, wie Zahlung über 16.000 € nicht Papertrail erhält. Die eigene Erfahrung mit der Dokumentation von Finanzen in der VS ist hier anders. Antwort: Es ist gerade aufgefallen, dass das möglicherweise gar keine Zinsforderungen sind, sondern mglw. Restzahlungen. Am Telefon wurde von Zinsen geredet, aber in der Rechnung ist es nicht klar. Papertrail entsteht erst bei Behandlung der Rechnung, nicht bei Eingang der Rechnung. Man kann sich es selbst nicht erklären, wie die Rechnung liegen bleibt. Man weiß nur: Hauptzollamt setzt Forderung gegen uns an.

StuWe-Referat: Wie hoch ist Zinssatz? Antwort: Das ergibt sich nicht aus der Forderung. Die Angestellte, die mit dem Forderungssteller telefoniert hat, könnte zur Sitzung gebeten werden zur Beantwortung.

Theodora steht auf aus der Sitzungsleitung. Unterbrechung der Sitzung. Sitzung fährt fort.

Antwort auf StuWe-Referat: Es ist unklar, ob es eine Forderung der Zinsen seit 2019 oder 2022 ist. Zinsen sind seit der ersten Forderung aufgelaufen. StuWe-Referat Nachfrage: Sind es Zinsen oder Säumniszuschlag? Kirsten: Ziemlich sicher, dass es Zinsen sind.

IT-Referat: Auf 6 Jahre gerechnet wären 64 € im Jahr, ergo ~ 5 % Zinssatz. Das kommt hin.

Sozialreferat: Man fände es gut zu schauen, was passiert ist. Wenn Vorsitz Brief einfach nicht weitergegeben hat – dann sollte man herausfinden, wie das schief gelaufen ist. Wie ist die Rechnung, die digital vorliegt, angekommen? Antwort: Man hat vor kurzem ziemlich viel gefunden an Briefen. Wir bekamen einen Brief, dann wurde dazu telefoniert. Wir haben nur eine Nachschickung vorliegen, nicht die Original-Forderung. Der Scan stammt vom Zollamt.

Gremienreferat: Das heißt, wir wurden von außen drauf aufmerksam gemacht. Man würde gern wissen, wofür wir hier tatsächlich 4.500€ zahlen. Teilweise würden wir hier erhöhte Zinssätze zahlen – wir sollten wissen, wie diese begründet haben.

Erwiderung: Uns wurde eine zweiwöchige Frist gesetzt zur Beantwortung der Forderung – ob wir leisten, ob bereits gepfändet wurde, ob unpfändbar, ob Pfändungsschutzkonto, ob Dritt-Ansprüche existieren.

Gremienreferat: Die Antwortmöglichkeiten klingen nach: entweder wir zahlen oder die pfänden. Antwort: Ja so ist das in § 316 AbgabenO definiert. Wir sind Drittschuldner und müssen jetzt halt sagen, ob wir das übernehmen.

Sozialreferat: Man verstehe die Frist nicht. Man kann doch erst bezahlen, wenn uns alle Informationen vorliegen. Sollten wir nicht erstmal alle Informationen schriftlich anfordern?

Antwort.: s.A.n. müssen wir das zahlen. Nur weil die politische Verantwortlichkeit möglicherweise an anderer Stelle liegt, verschiebt sich nicht die juristische Pflicht zur Entrichtung der Sozialabgaben.

Das Hauptzollamt hat bessere Aktenübersicht und die Forderung ist plausibel. Wenn wir im Nachhinein Fehler aufarbeiten wollen, können wir das tun. Aber das ändert nichts an den Ansprüchen.

StuWe-Referat: Ansprüche existieren ja schon lange. Jetzt wollen sie diese wahrscheinlich gerichtlich durchsetzen. Wenn die gerichtliche Anordnung kommt, müssen wir auch schnell zahlen. Pfändung wäre schlimmer. Lieber sollen wir jetzt zahlen. Antwort: Zwischenzeitlich war das Konto auch schonmal deswegen gesperrt. Das ist keine Sache, bei welcher das Prozedere aufgeschoben werden kann. Die Gegenstelle arbeitet das jetzt ab.

Sozialreferat: Vorschlag, dass jetzt zu bezahlen und intern auf einen Prozess zu einigen, dass dies nicht einfach so passieren kann. Man sollte Rechnungen ab einen bestimmten Betrag ablegen. Antwort: Grundsätzlich gibt es diese Pflichten aus dem Amtspflichten. Der Nachweis der Fahrlässigkeit ist aber schwierig. Wir können Dinge versuchen, aber dass irgendjemand mit Postzugang etwas verlegt, ist schwierig, sicher in Zukunft abzuwenden.

Gremienreferat: Versteht die „4500 € – wir haben das – lass einfach zahlen“ Einstellung nicht. Hier wurde irgendwo mies versagt. Wir sollten nicht einfach die Schwere abtun. Wir sollten nachforschen – wir kennen die Leute noch, und das müssen Studis bezahlen im Endeffekt. Vor allem sollten wir auch nicht einfach 4500 € zahlen, bei denen wir den Ursprung nicht genau kennen. Antwort: Völlig richtig, dass das viel Geld ist. Aber es gibt keinen Grund der Forderung zu widersprechen. Wir können jetzt nochmal zurückrufen und die Aufschlüsselung anfordern, aber die Forderung ist wahrscheinlich rechtens und ein Rechtsstreit lohnt sich nicht. Das Finanzreferat hat derzeit besseres zu tun, als hier viel nachforschen. Ohne Zeitmaschine wird man nicht weit kommen. Am Ende des Tages wird man nicht rekonstruieren können, wer wann welchen Brief in der Hand hatte. Bei allem Recht auf Aufarbeitung können wir nicht viel tun. Weitere Antwort: Es geht darum, erst einmal zu zahlen. Wenn die Forderung fehlerhaft war, überweist das Hauptzollamt zurück. Bei Vorsitzwechsel gibt es dauerhaft Pfändungen und regelmäßig bleibt Post in Fächern, in der Zeitung, etc. liegen. Man sieht da Handlungsbedarf – bisher hat es niemanden interessiert. Bisher konnte man alles gerade bügeln.

IT-Referat: Es wird schon darauf geachtet, was in der Post ankommt. Post wird sortiert und es werden wichtige Forderungen relativ zuverlässig aufgeteilt. Man ruft auf, dass auch andere in die Post schauen.

Verkehrsreferat: Da wir haben den Brief nicht vorliegen haben: Hat das Zollamt den Eingang belegt? Können wir den Zugang anfechten? Wieso liegen keine Mahnungen vor? Antwort: Die derzeitigen Rechnungen kommen per Einschreiben – man geht davon aus, dass dies auch davor passierte. *Diskussion zum Preis von Einschreiben.* Persönlich hält man es für plausibel, dass Briefe per Einschreiben gekommen sind.

Sozialreferat 1: Die vorgetragenden Bedenken seitens des Gremienreferats, Finanzen und des Sozialreferats sind berechtigt. Ungeachtet dessen sollten wir die Zahlung jetzt zahlen. Außerdem sollten wir aufnehmen, dass eine Gruppe das aufarbeitet. Er würde sich beteiligen. Antwort: Das kann man aufnehmen, Finanzreferat hat derzeit keine Kapazitäten

Sozialreferat 2: Fände Kontosperrung auch sehr ungut. Man sollte beschließen, dass das mit der Vorlage von Prävention und Aufarbeitung gezahlt wird. Wenn irgendetwas dazu sagen könnte, sollten wir das tun. Risiko vor Gericht zu ziehen ist sehr hoch. Antwort: Wahrscheinlich gibt es so oder so Schadensersatzanspruch.

Vorsitz: Aufarbeitung können wir gut von außen machen, ohne Kapazitäten vom Finanzreferat aufzuwenden. Präventiv sollte man überlegen, die Post gänzlich digitalisieren zu lassen – dann wird es schwer, dass Briefe „verloren“ gehen. Antwort: Wir brauchen trotzdem das Original und es gibt Einschreiben. Antwort Vorsitz darauf: Ja das lässt sich alles einreichen, Service bietet bspw. Post. *Anmerkung, dass dies Geld kostet, Gegenruf „keine 16.000 Euro“*

IT-Referat: Der Fehler kann auch beim Zollamt liegen, die haben aktuell Personalmangel. Antwort: Man geht davon aus, dass die Sache liegen geblieben ist. Dann kam die Erinnerung, dass es bald verjährt.

Das Gremienreferat fragt die BfH, ob die Rechnung jemals gesehen wurde? Antwort: Nein.

Gremienreferat: Pfändung heißt nur Kontosperrung und Pfändungsgebühren – das ist kein Weltuntergang. Ist halt unangenehm. Es ist nicht dramatisch. Wir können durchaus nochmal nachfragen. Normalerweise gehen die nicht direkt zum Vollstrecker wenn man kommuniziert. Wir können das begründen mit unseren Akten. Seiner Ansicht nach können wir auch gern Sonderrefkonf machen.

GO-Antrag Finanzreferat auf Schließung der Redeliste. Man will dem Hauptzollamt noch mehr Infos entlocken, bevor wir hier noch lange weiter diskutieren bei der TO. Keine Gegenrede. **Angenommen.**

BfH: Beim letzten mal wurden bewusst Infos geholt, dann kamen mehr Pfändungen plus privates Risiko. Es geht damit das Risiko einher, dass andere Prozesse aufgehalten werden. Aber man kann in zwei bis drei Wochen eine Antwort haben.

Sozialreferat: Notlagenzuschüsse würde eine Sperre sehr verhindern. Es ist nicht ohne Schmerz. Man glaubt, man kann auch Sonderrefkonf machen. Wenn sich herausstellt, der Fehler liegt an anderer Stelle, kann man es ja immer noch zurück holen.

Verkehrsreferat: Das Konto wird nicht so schnell gesperrt. *Zwischendiskussion über Stand des Prozess* Pfändung braucht noch eine Weile. Die Zeit kann man sich nehmen.

GO-Antrag Sozialreferat auf Eröffnung der Redeliste, um zu diskutieren, wie wir in Zukunft damit umgehen. GO-Antrag wird zurückgezogen.

Antwort Sozialreferat auf Verkehrsreferat: Hält Beschluss auf der nächsten Sitzung für ein mittelmäßiges Risiko. Das geht schon. Umlaufverfahren ist nicht nötig.

4.3 Finanzierung der Feierlichkeiten anlässlich der 200. StuRa-Sitzung am 06. Mai 2025

(In einer Lesung zu behandeln)

Antragsteller: Präsidium des Studierendenrates

Antragstext: Die RefKonf beschließt die Finanzierung der Feierlichkeiten anlässlich der 200. StuRa-Sitzung am 06. Mai 2025.

Haushaltsposten: 533 (Transportkosten), 750 (externe Verpflegung), 740 (Veranstaltung kultureller und geselliger Art), 513 (sonstige Anschaffungen)

Bei der Refkonf beantragter Betrag: 350€

Ausführung und Begründung: Am 06. Mai 2025 findet die 200. Sitzung des Studierendenrates unserer Universität statt. Aus diesem Grund haben wir ein paar Dinge geplant, um die Sitzung angemessen feiern zu können. Für Getränke, ein bisschen Fingerfood, ein Stadtmobil für den Transport sowie ein „goldenes Buch“, in das alle Anwesenden etwas reinschreiben können, benötigen wir die finanzielle Unterstützung der RefKonf, da unser eigener Verpflegungstopf nicht ausreicht.

Wieviel beantragt ihr bei der Referatekonferenz?	350€
Wieviel wird über weitere VS-Mittel finanziert? • Wenn ihr mehrere Anträge an die VS richtet – z.B. an Fachschaften, Referate oder den Doktorandenkonvent, müsst ihr hier alles aufführen. • Wenn ihr später dort Anträge stellt und diese angenommen werden, müsst ihr den StuRa/die Refkonf nachträglich informieren. Wenn ihr jetzt schon plant, dort Anträge zu stellen, gebt dies bitte jetzt schon an.	0€
Wieviel wird über weitere nicht-VS-Mittel finanziert? • Bitte angeben, bei welchen Stellen ihr noch Geld beantragt/beantragen wollt. • Wenn ihr später weitere Anträge stellt und diese angenommen werden, müsst ihr den StuRa/die Refkonf nachträglich informieren. Wenn ihr jetzt schon plant, dort Anträge zu stellen, gebt dies bitte jetzt schon an.	0€
Habt ihr Einnahmen bei der Veranstaltung? Wenn ja, wie hoch plant	0€

ihr diese? - Nehmt ihr Einnahmen von Teilnehmenden? - Wenn ihr Spenden einnimmt, müsst ihr diese auch angeben.	
Wie hoch ist das Gesamtvolumen des Projekts Hier müsst ihr alle Einnahmen aus den Zeilen oberhalb zusammenrechnen	350€

Verwendungszweck aller Mittel/Was soll genau finanziert werden?

Verwendungszweck	Kosten	Begründung/Erläuterung
Getränke und Fingerfood	250€	Wir werden alle dazu anhalten, selbst etwas mitzubringen, halten es jedoch für angebracht, auch von unserer Seite aus etwas beizusteuern.
Goldenes Buch	30€	Als Andenken an dieses Jubiläum wollen wir ein Buch aufstellen, in das sich alle Anwesenden eintragen können.
Stadtmobil	50€	Für den Transport von Essen, Trinken und ausgeliehenen Gegenständen benötigen wir einen Transporter
Unvorhergesehene Kosten	20€	Ein Puffer, sollten wir z.B. unerwarteterweise Parkgebühren für den Transporter zahlen müssen.
Gesamtkosten (nicht nur die bei der VS beantragten Mittel)	350€	

Diskussion: (29.04.2025)

Das Präsidium stellt den Antrag vor. Man will zur Jubiläumssitzung etwas machen und braucht dafür Geld. Das Event wird größer geplant mit Sitzung und Ausklang in der neuen Uni.

Finanzreferat: Man hat keine Einwendungen. Alkohol nicht finanzierbar für Sitzungen aus VS-Geldern. Man gibt grünes Licht. Man kann Stadtmobil kaufen oder „Europamobil“ anfragen (Auto des IT-Referenten). Es ist aber nicht zu verantworten, frühzeitig StuRa-Sitzung abubrechen bei der dieszeitigen TO, außer man macht eine Sondersitzung. Antwort: Ja, das mit der Sondersitzung ist einem bewusst.

Vorsitz: Man findet das grundsätzlich gut. Bei der 200. Sitzung hat man es sich durchaus verdient, das zu feiern. Man plant mal wieder zu spät, aber vielleicht ein guter Anfang.

Gremienreferat: Habt ihr schon einmal den Hörsaal 7 angeschaut? Der Hörsaal ist relativ klein. Man sollte das beachten. Man würde Hörsaal 9, 10, 14 vorschlagen. *Verkehrsreferat: Uni führt ihn mit 163 Plätzen* Antwort: Der Hörsaal wurde angeboten nach Anfrage mit Teilnehmerzahl. Der Hörsaal ist auch eben. Also ist er nicht die erste Wahl und es wird enger, aber man passt rein. Man hat nicht hinten den Raum, dafür aber Foyer.

Außenreferat: Man mag Idee, dass zu feiern, aber sieht den Einwand, dass die TO sehr lang ist. Deshlab schlägt man vor, um 18.00 Uhr anzufangen. Antwort: Ja könnte man machen. Aber das ist schwierig aufgrund von der Erwartungshaltung. Man will dies lieber mit einer Sondersitzung ausgleichen.

GO-Antrag Finanzreferat auf sofortiges Ende der Debatte. Gegenrede Patrick formal. 7 Ja / 5 Nein / 4 Enthaltung. **angenommen.**

Abstimmung:

9 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

— 4.3 **angenommen**

10 Minuten Pause.

5 Anträge allgemeiner Art

5.1 Stellvertretung für den Finanzreferenten nach LHG

(in einer Lesung zu behandeln)

Antragsteller: Theodoros Argiantzis (Finanzreferent nach LHG)

Antragstext:

Die RefKonf bestimmt gem. § 41 Abs. 2 Nr. 3 OrgS

Stella Felicitas Thome

zur Vertretung des Finanzreferenten nach LHG.

Begründung:

Wir sollten aus Gründen der Vorsicht und der Vorsorge die Stellvertretungsregelung auch nutzen. Feli ist neben mir die zurzeit die Finanzreferentin vor Ort und kann die Aufgabe vertrauensvoll übernehmen.

Diskussion:

(29.04.2025)

Der Antragssteller stellt Antrag vor. Er betont, dass sowohl Vorsitz als auch Finanzreferat es so ansieht, dass nur die Fälle des Einsatz der Vertretung analog angewandt wird qua OrgS. Dies ergibt sich vor allem aus der Verwendung des Wort „bestimmt“ ggü. „wählt“.

Verkehrsreferat: Man sollte vielleicht noch festlegen, was bestimmen ist. Das kann nach BVerfG von Akklamation bis geheime Wahl alles sein. Antwort: Ja, könnte man alles bei Gelegenheit genauer regeln. Da der Kontrast aufgemacht wird, geht man von der sanfteren Regel aus. Dies ist auch historisch aus dem Automatismus begründet.

Gremienreferat: Man könnte durchaus eine Wahl machen. Im VS Kontext haben wir meist einen Kontrast zwischen geheimer Wahl und Bestimmung. Es ist davon auszugehen, dass eine Bestellung/Bestimmung eher als eine geheime Wahl gemeint war.

Abstimmung:

9 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

— 5.1 **angenommen**

5.2 Mahnverfahren gegen eine:n Arbeitnehmer:in

(in einer Lesung zu behandeln)

Es wird der Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 GeschO-RefKonf angenommen

Begründung: Der Antrag behandelt ein Mahnverfahren gegen einzelne Arbeitnehmer:in. Dies ist eindeutig eine „Personalangelegenheit“ gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 GeschO-RefKonf. Dementsprechend ist der Ausschluss der Öffentlichkeit begründet anzunehmen. Gem. § 5 Abs. 4 GeschO-RefKonf muss eine Anhörung der betroffenen Personen gewährleistet werden. Gem. § 5 Abs. 4 S. 5 findet der Tagesordnungspunkt außerhalb der Anhörung ohne die betroffene Person statt.

6 Sonstiges

Der Vorsitz kündigt an, dass morgen Treffen mit Marilena ist.

Der AK Räume trifft sich Sonntag 15.00 Uhr diese Woche.

VS-Mitglied im Senat berichtet, dass das Treffen mit D1 zu Transparenz nun erfolgt ist. Es wird Handreichung geben im Senat. Es sieht langsam aus nach Ende für den Prozess.

Das Sozialreferat findet es problematisch, dass aufgrund der Zeit und nicht aufgrund der Punkte zugestimmt wird, dass wir abschließen. Es wäre gut gewesen, wenn wir uns Zeit für wichtige Punkte nehmen.

Vorsitz: Allgemeiner Umgang ist schlecht. Grundsätzlich hätten wir gerne länger Diskussion geführt. Wenn Soziales meint, dass man nicht neutral war, dann bitte anmelden.

Ende der Sitzung: 23:55

Anhang zu TOP 4.1 Vertragsangebot mit dem Mietverein

Kooperationsvertrag über eine Mietrechtsberatung in den Räumlichkeiten der Verfassten Studierendenschaft der Universität Heidelberg

zwischen

der Verfassten Studierendenschaft der Universität Heidelberg (KöR)

Albert-Ueberle-Straße 3–5

69120 Heidelberg

– im Folgenden „VS“ genannt –

und

dem Mieterverein Heidelberg und Umgebung e. V.

Poststraße 3

69115 Heidelberg

– im Folgenden „MV“ genannt –

wird folgender Kooperationsvertrag geschlossen:

§ 1 – Gegenstand der Kooperation

(1) Gegenstand dieses Vertrags ist die Durchführung einer Probephase einer Mietrechtsberatung für Studierende deren Vertretung der VS obliegt, die durch Anwäl*innen des MV angeboten wird.

(2) Die Beratung findet in den Räumlichkeiten der VS statt.

§ 2 – Zeitraum und Umfang der Beratung

(1) Die Probephase erstreckt sich über den Zeitraum vom 2. Mai 2025 bis zum 26. Juli 2025.

(2) Die Beratung erfolgt einmal wöchentlich an Freitagen, jeweils für die Dauer von 1,5 Stunden.

(3) Es sind insgesamt 13 Beratungstermine vorgesehen.

(4) Beratungstermine können im gegenseitigen Einvernehmen zwischen VS und MV abgesagt oder verschoben werden.

§ 3 – Vergütung

(1) Für jeden stattfindenden Termin zahlt die VS dem MV eine Pauschale in Höhe von 100 € zzgl. MWSt.

(2) Mit dieser Pauschale sind sämtliche Leistungen und Aufwendungen des MV im Rahmen dieser Kooperation vollständig abgegolten.

(3) Die Vergütung für die ersten 4 Termine wird von der VS im Voraus gezahlt.

(4) Die Vergütung für die darauffolgenden 9 Termine wird ebenfalls im Voraus gezahlt.

(5) Sollte ein Termin nicht stattfinden und die Ursache nicht in der Verantwortung der VS liegen, verpflichtet sich der MV zur Rückerstattung der entsprechenden Pauschale.

§ 4 – Sonstige Bestimmungen

(1) Die Parteien erklären, dass dieser Vertrag nicht auf ein Dauerschuldverhältnis gerichtet ist.

(2) Eine Fortführung oder Ausweitung der Kooperation über den genannten Zeitraum hinaus bedarf einer gesonderten Vereinbarung.

§ 5 – Schlussbestimmungen

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen der Textform. Dies schließt insbesondere die Kommunikation per E-Mail ein. Änderungen können nur durch den Vorsitz der VS als deren rechtliche Vertretung wirksam vereinbart werden.

(2) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags unwirksam sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit des übrigen Vertragsinhalts.

(3) Gerichtsstand ist Heidelberg.

X

Theodora Goia

Vorsitz der Verfassten Studierendenschaft

X

Sebastian Fath

Vorsitz der Verfassten Studierendenschaft

X

Mieterverein Heidelberg und Umgebung e.V.